

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/155

1. September 1975

Herausforderung an die Industriestaaten

Anmerkungen zum entwicklungspolitischen CDU-Kongreß

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Es sind nicht nur "ein paar Tausend"

Die CSSR und die Konsequenzen aus dem Bonn-Prager-Vertrag

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 46 Zeilen

Folgenreiches Eigentor der CDU

Kohl war vorher über Tonbandaffäre unterrichtet

Von Claus Grobecker MdB

Mitglied des SPD-Landesvorstandes in der Freien Hansestadt Bremen

Seite 5 und 6 / 45 Zeilen

Staats-Privatisierung auf CDU-Art

Stoltenbergs Wirtschaftsminister manövrierte sich ins Aus

Von Dr. Klaus Klingner MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Innere und Recht der sozialdemokratischen Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag

Seite 7 / 31 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-16
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 30 97 - 38
Telex: 08 08 045 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Herausforderung an die Industriestaaten

Anmerkungen zum entwicklungspolitischen CDU-Kongreß

Von Dr. Lue Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Rolle der Entwicklungsländer in der Weltpolitik und insbesondere in der Weltwirtschaft hat sich in den letzten Jahren entscheidend geändert. Bis vor kurzem waren sie kaum mehr als Statisten; Hauptakteure auf der welt-politischen Bühne waren allein die Mächte der nördlichen Halbkugel. Der Ein-satz der "Ölwaffe", mit der die Araber eine wohlwollende Neutralität West-europas und Japans im Nahostkonflikt erzwingen, markiert auch symbolisch den Eintritt einer neuen Staatengruppe in das Mächtepiel der Welt. Ermutigt durch diesen ersten großen "Erfolg" von Entwicklungsländern über Industrie-staaten fordern die Länder der Dritten Welt jetzt vehement eine gerechtere internationale Wirtschaftsordnung; mit dem "Linsengericht" der Entwick-lungshilfe allein wollen sie sich nicht mehr abspesen lassen. Die Industrie-staaten sind herausgefordert, weil vitale Interessen berührt werden.

Für die politischen Parteien in der Bundesrepublik war die Dritte-Welt-Politik bislang ein Stiefkind. Parteitage befaßten sich meist nur am Rande mit diesem Thema, und in der Regierungspolitik rangierte die Ent-wicklungshilfe an untergeordneter Stelle. Das machtvolle, einheitliche Auf-treten der Dritten Welt und die weltwirtschaftlichen Veränderungen verlangen hier eine Korrektur.

Die sozialliberale Koalitionsregierung hat die Kompetenzen des Bundes-ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit gestärkt und durch eine Klau-surtagung des Kabinetts im Juni d.J. über Entwicklungspolitik den hohen Stellenwert, den die Bundesregierung der Entwicklungspolitik im Rahmen der Gesamtpolitik einzuräumen bereit ist, nachdrücklich unterstrichen. Dazu steht leider im Widerspruch, daß der Entwicklungsbeitrag für 1976 zurückgehen soll, wenn ich auch sehr wohl weiß, daß die Weiterentwicklung der Weltwirt-schaftsordnung von zumindest ebenso großer Bedeutung für die Entwick-lungsländer sein kann wie die traditionelle Entwicklungshilfe. Begrüßenswert sind die von der Bundesregierung unternommenen Anstrengungen, die auf eine Verbesserung der Weltwirtschaftsordnung abzielen, wie die Bereitschaft zur

Rohstoffpreissetabilisierung und zur Veränderung des Währungs-systems zugunsten der Entwicklungsländer.

Die SPD hat mit ihrer außenpolitischen Konferenz vom Januar d.J. den ersten Versuch unternommen, auch der zunehmenden Bedeutung der Dritten Welt Rechnung zu tragen. Beherrschendes Thema der Diskussionen war denn auch das gewandelte Verhältnis der Industriestaaten zu den Entwicklungsländern. Die SPD sucht nach Zielen und Wegen für die Gestaltung und für die Grenzen von partnerschaftlicher Kooperation, von Rohstoff- und Entwicklungspolitik. Der "Orientierungsrahmen '85" hat zu diesem Themenkomplex mehr Fragen gestellt als Antworten gegeben.

Es ist gut, daß eine der großen Parteien sich endlich umfassend und ausschließlich mit dem Thema Dritte Welt und Entwicklungspolitik befassen will. Dies mobilisiert die Parteiöffentlichkeit und die Bürger. Der entwicklungspolitische Kongreß der CDU kann dazu beitragen, daß die Entwicklungspolitik aus ihrem Schattendasein herausfindet.

Mit dem Entwurf der entwicklungspolitischen Leitlinien hat sich die CDU zu einer Versachlichung der Diskussion durchgerungen. Wenn auch manche Passagen bis in die Formulierungen hinein an die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung erinnern, so tut das dem Wert ihres Bemühens keinen Abbruch. Es unterstreicht aber die Unredlichkeit des Vorwurfs von Oppositionsgeplänkelern, Egon Bahrs Konzept taue nicht viel.

Lebhafte, hoffentlich klärende Auseinandersetzungen werden auf diesem Unions-Kongreß zu erwarten sein. Es ist kein Geheimnis, daß Vertreter der CSU in manchen Forderungen der entwicklungspolitischen Leitlinien eine gefährliche Anpassung ihrer Schwesterpartei an sozialdemokratische Vorstellungen sehen. Auf der anderen Seite hat der Katholische Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden bereits eine kritische Stellungnahme zu dem Kommissionsentwurf veröffentlicht und beklagt, daß von einer neuen Qualität der Entwicklungshilfe zu wenig die Rede sei, die sich vorrangig an den Bedürfnissen der Menschen und Völker in den Entwicklungsländern zu orientieren habe. Die aus dem Ausland geladenen Gäste werden sicherlich zu der Forderung der Leitlinien Stellung nehmen, die Entwicklungspolitik der Bundesregierung solle das nationale Eigeninteresse in den Mittelpunkt der Überlegungen stellen.

Mit Interesse wird verfolgt werden, ob die in den Leitlinien vorhandenen Widersprüche gelöst werden können, und ob die CDU endlich Farbe bekennen und klare Aussagen über das Hilfevolumen treffen wird. Erhebliche Zweifel bestehen gegenüber dem Versprechen des CDU-Entwurfs, das Machbare darzustellen. Daher darf man gespannt sein, ob der Kongreß in der Lage ist, praktikable, durchführbare Vorschläge - auch im Hinblick auf die in der Bundesrepublik nötigen Veränderungen - zu erarbeiten. (-/1.9.1975/ks/pr/hh)

+ + +

Es sind nicht nur "ein paar Tausend"

Die ČSSR und die Konsequenzen aus dem Bonn-Prager Vertrag

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Der Vertrag mit der ČSSR hat der Regierungskoalition in Bonn manche harte Kritik eingetragen. Sie hat ihn gegen harte Widerstände der Opposition und weiter Kreise der Sudetendeutschen durchgesetzt. Das war nicht nur eine Pflichtübung, sondern der dringende Wunsch, um gerade auch mit der ČSSR und dem tschechischen und slowakischen Volk die Basis zu Begegnungen und Annäherungen zu schaffen und die Wunden des Krieges vernarben lassen zu können. Die Opfer, die von der Bundesrepublik in diesem Vertrag für die Festigung des Friedens gebracht wurden, waren nicht gering. Sie bedeuteten praktisch die volle Anerkennung der durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen Tatsachen und damit die Rückgängigmachung des Münchner Abkommens.

Die Tschechoslowakei erwartet, daß die Bundesrepublik diesen Vertrag dem Buchstaben und dem Geist nach einhält. Die Bundesrepublik hat ihren guten Willen dazu unter Beweis gestellt. Sie kann daher auch von der ČSSR erwarten, daß sie den Vertrag nicht weniger respektiert, als sie das von der Bundesrepublik voraussetzt. In diesem Vertrag hat sich die ČSSR verpflichtet, die Umsiedlung jener Deutschen wohlwollend zu prüfen, die den Willen zur Umsiedlung haben. Sie hat sich dazu ausdrücklich ausbedungen, daß die Bundesregierung auch jenen Tschechen und Slowaken die Rückkehr gestatten sollte, die in die ČSSR heimkehren möchten.

Die Bundesregierung hat bis heute noch nie einem Tschechen oder Slowaken ein Hindernis in den Weg gelegt, der diese Absicht hatte. Der

Strom der Deutschen, die aus der CSSR in die Bundesrepublik übersiedeln wollen, ist dagegen seit Unterzeichnung des Vertrages nicht größer geworden. Er ist dagegen von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Wenn jetzt die Bonner Botschaft der CSSR diese Umstände damit zu rechtfertigen versucht, daß es nur ein paar Tausend seien, die den Willen zur Umsiedlung hätten, während in den Kartellen des Roten Kreuzes 25 000 erfaßt sind und diese Kartell ständig auf dem neuesten Stand gehalten wird, dann widerspricht dieses dem Geist und dem Buchstaben des Vertrages.

Soll die These Frage glaubwürdig sein, daß viele der Betroffenen nicht mehr umsiedeln möchten, dann muß man uns das an jedem Einzelfall demonstrieren. Dabei muß deutlich werden, daß die Betroffenen ihren Willen frei und unbehelligt kundtun können. Ist Frage dazu nicht bereit, liegt der Verdacht nahe, daß man versucht, mit dem Heimweh und der Sehnsucht der Umsiedlungswilligen ebenfalls ein politisches Geschäft zu machen.

Ein solches Verhalten aber wäre den gegenseitigen Beziehungen alles andere als zuträglich und würde sie belasten. Frage muß sich daher die Frage vorlegen, ob es das verantworten kann. Diese 25 000 sind nicht, wie manche der in Polen Betroffenen, unersetzliche Fachkräfte für die Wirtschaft. Die meisten sind alt geworden und wollen wenigstens bei ihren Kindern die letzten Jahre ihres Lebens verbringen. Wir können uns nicht vorstellen, daß man sie zum Inhalt von politischen Repressalien machen will. Tut man es dennoch, muß man sich darüber im Klaren sein, daß man dem mühsamen Werk der deutsch-tschechoslowakischen Verständigung damit einen harten Schlag versetzt. Humanität soll und darf auch hier kein bloßes Wort sein.

(-/1.9.1975/Se/ja/pr)

+ + +

Folgenreiches Eigentor der CDU

Kohl war vorher über Tonbandaffäre unterrichtet

Von Claus Grobecker MdB

Mitglied des SPD-Landesvorstandes in der Freien Hansestadt Bremen

Ein vernichtendes Umfrageergebnis zum Landtags-Wahltermin in Bremen am 28. September 1975 im Rücken, erinnerte sich die Bremer Opposition in ihrer Verzweiflung bewährter Sonthofener-Wahlkampfaktiken. Der Schuß ging nach hinten los.

Bremen hat seinen handfesten CDU-Skandal. Waterkant-Affäre wird der Vorgang von den Journalisten der Hansestadt in Anlehnung an den bekannten US-Skandal genannt. Das Ergebnis vorweggenommen: Eine aufgebauschte Rufmordkampagne gegenüber Mitgliedern der bremischen SPD-Führungsspitze zerplatzte spätestens am dritten Verhandlungstag des von der SPD-Fraktion beantragten Untersuchungsausschusses der Bremischen Bürgerschaft wie eine Seifenblase, nachdem der Bremer CDU-Fraktionsvorsitzende Bernd Neumann im Verlauf der eigenen Beweisführung von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machte. Dagegen der Besitzer des "Beweisstückes", des illegal auf Tonband aufgenommenen Telefongesprächs - der inzwischen aus seinem Berufsverband aufgrund dieser Tatsache ausgeschlossene CDU-Journalist Werner-Joachim Siegerist.

Wie konnte, so ist zu fragen, der Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl solches zulassen? In Kenntnis der nichtvorhandenen Beweismittel für die schweren Anschuldigungen seiner Bremer Führungselite hat er doch nichts unternommen, diese von der die eigene Partei schädigenden Kampagne abzuhalten. Noch am Vorabend der Sondersitzung des Bremer Landesparlaments hätte er anlässlich seiner Kundgebung in Bremen auf die verblüffende Ähn-

1. September 1975

lichkeit der von Neumann geplanten Aktion mit einer ihm und Biedenkopf kürzlich widerfahrenen Situation stoßen müssen. Er selbst hat die Gerichte wegen der heimlichen Abkürzung des zwischen ihm und Biedenkopf geführten und im "Stern" veröffentlichten Gesprächs bemüht. Demals nannte Dr. Kohl das Abhören seines Telefons einen "verbrecherischen Anschlag auf die Privatsphäre". Das illegale Abhören, so Kohl, hätte keinen Erfolg, wenn sich niemand bereit fände, die ausspionierten Texte zu veröffentlichen. Den kriminellen Mitschnitt eines "Journalisten" im Gespräch mit einem hohen Bremer Beamten hat er jedoch als Beweismaterial seines Parteifreundes Neumann (ihm droht ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung seiner Immunität) abgesegnet.

Der Gegenstand der Aufzeichnungen war Schnee vom letzten Winter, sogar der von vor vier Jahren: ein seinerzeit vom Kriminalamt legal abgehörtes, länges wegen Unerheblichkeit vernichtetes Tonband, auf dem damals Telefongespräche des der Baader-Meinhof-Kontakte verdächtigten Geistlichen Kurt Kaiser u.a. mit dem jetzigen Bremer stellv. SPD-Fraktionsvorsitzenden Horet-Werner Franke festgehalten worden waren. Brisant an Neumanns großer Anfrage an den Senat und ihren Folgen ist der Tatbestand, daß durch diese ehrenrührige und mit kriminellen Beiwerk dilettantisch geführte Aktion, der ein Spitzenbeamter zum Opfer fiel, das angestrebte Ziel um 180 Grad verfehlt wurde: Die öffentliche Meinung gegenüber der CDU in Bremen - und dies nicht nur in SPD-treuen Kreisen - hat sich spürbar verschlechtert.

Hat der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl sich das leisten können ?!

(-/1.9.1975/ks/pr/ja)

+ + +

Staats-Privatisierung auf CDU-Art

Stoltenbergs Wirtschaftsminister mandvrierte sich ins Aus

Von Dr. Klaus Klingner MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres und Recht der sozialdemokratischen
Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag

Soll der Staat privat werden? Er soll - jedenfalls nach Auffassung des Stoltenberg-Wirtschaftsministers, Dr. Jürgen Westphal. Der CDU-Politiker leitartikelte für die Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Kiel, daß der Staat "zwangsläufig" Teile der von ihm wahrgenommenen Aufgaben auf private Unternehmer übertragen müsse.

In arge Schwierigkeiten kam die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung, als sie auf eine parlamentarische Anfrage konkret sagen sollte, was sie denn im Land zwischen den Meeren an private Unternehmer übertragen wolle und auch an welche Unternehmer, und vor allem, was durch solche Privatisierung für den Landeshaushalt des höchstverschuldeten Bundeslandes an Einsparung erreicht werden könnte.

Die erste Antwort ergab allerlei ideologischen Qualm über Gefahren für die Freiheit der Bürger durch die böse SPD mit ihren Vorstellungen von einem höheren Staatsanteil am Sozialprodukt. Als wenn nicht auch der Wirtschaftssprecher der Bundes-CDU wissen müßte, daß in unserem hochindustrialisierten Land immer mehr Aufgaben auf den Staat zukommen, weil niemand anders sie bewältigen will und kann!

Eine Arbeitsgruppe zur Prüfung von Privatisierungs-Möglichkeiten sei eingesetzt, gab die Stoltenberg-Regierung immerhin bekannt. Weiter befragt, was denn diese Arbeitsgruppe leiste, zeigte sich, daß Westphal den Mund zu voll genommen hatte, es gibt gar keine nennenswerten Möglichkeiten, durch Privatisierung die Finanzen des Landes aufzubessern. Die Landesregierung mußte zugeben: "Die Erörterung und Prüfung bisher angesprochener Bereiche ... habe deutlich gemacht, daß möglicherweise nur in wenigen Fällen durch Privatisierung öffentlicher Leistungen Kosteneinsparungen zu erzielen sein werden."

Wirtschaftsflaute und Finanzklemme lassen allerlei Unsinn erblühen. Ob Minister, die solchen Unsinn verbreiten, ob eine Landesregierung, die den Unsinn ideologisch verkürt, ob Unternehmer, die so etwas auch noch bejubeln, die richtigen Steuerleute für schwierige Zeiten sind, das muß allerdings ganz energisch bezweifelt werden. (-/1.9.1975/ach/ee/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller